Lockerungen für Casinobranche

Angesichts drastischer Umsatzeinbussen seit dem Sperrlisten austausch erleichtert.

VL, 8.10.2025

David Sele

Als Reaktion auf die Casinokrise lockert die Regierung die Regulierung der Geldspielbranche. Per 1. November wird die Spielbankenverordnung in mehreren Punkten abgeändert. Eine zentrale Anpassung betrifft die Regulation der Gratisspieleinsätze, welche Spielbanken für Promotionzwecke an Besucher verteilen. Die bisherige Beschränkung, dass monatliche Gratisspieleinsätze 1,5 Prozent des Bruttospielertrags der vorangegangenen drei Monate nicht überschreiten dürfen, wird aufgehoben. Die bisherige Begrenzung habe sowohl für die Spielbanken als auch für die Aufsichtsbehörde einen unverhältnismässigen Aufwand verursacht, heisst es in einer Mitteilung. Aus sozialpolitischer Sicht werde die bestehende Einschränkung von maximal 200 Franken pro Spieler und Spieltag weiterhin als ausreichend erachtet.

Eine weitere spürbare Lockerung betrifft die Tischöffnungszeiten: Künftig

muss der Tischspielbereich nur noch während eines Drittels der täglichen Öffnungszeiten spielbereit gehalten bleiben, womit Personalkosten gesenkt werden können. Die bisherige Vorgabe verlangte, dass der Tischspielbereich mindestens während der Hälfte der täglichen Öffnungszeiten geöffnet sein musste.

Auch gewährt die Regierung Vereinfachungen in der Rechnungslegung: Ab dem Geschäftsjahr 2025 sollen für Spielbanken wie für andere Unternehmen die Rechnungslegungsbestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) zur Anwendung gelangen. Bislang hatten Casinos höhere Anforderungen zu erfüllen.

Zusätzlich zu diesen Änderungen auf Verordnungsebene habe das Amt für Volkswirtschaft auf der Ebene der Geldspielaufsicht bereits Massnahmen zur Erleichterung und Vereinfachung umgesetzt, wie die Regierung weiter mitteilt. Demnach wurden Schwellenwerte für die Meldung von Hochauszahlungen

und die Dokumentation von Negativergebnissen bei Tischspielen und Geldspielautomaten eingeführt. Ebenso sind Erleichterungen beim abteilungsübergreifenden Einsatz von Mitarbeitenden sowie bei den Meldungen von Events, Promotionen und Spielturnieren vorgehen.

Mit diesen Massnahmen reagiert die Regierung auf die drastischen Umsatzeinbussen der Casinobranche seit dem Sperrlisten austausch mit der Schweiz. Über alle Spielbanken hinweg sank der Bruttospielertrag im ersten Halbjahr 2025 um 58 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei die grossen Anbieter teils Rückgänge von über 60 Prozent verzeichneten. Infolgedessen hat das Casino Admiral in Ruggell per Ende September den Betrieb eingestellt. Mehrfach hatten zuvor Spielbankenvertreter kritisiert, dass die Regierung die Entwicklungen abwarten wollte, bevor sie über Gegenmassnahmen entscheidet. Die nun beschlossenen Änderungen zielen darauf ab, die Rahmenbedingun-

gen für die verbliebenen Betriebe zu lockern. Die Branche hatte im vergangenen Rekordjahr 2024 noch 52,8 Millionen Franken an Geldspielabgaben an den Staat abgeführt. Für 2025 rechnet die Regierung derzeit mit Abgaben von insgesamt 22 Millionen Franken.

Regierung plant Revision des Geldspielgesetzes

Parallel zu den Anpassungen der Verordnung laufen gemäss Regierung die Vorbereitungsarbeiten für eine umfassende Revision des Geldspielgesetzes. Diese soll insbesondere die künftige Ausgestaltung der Geldspielabgabe betreffen. Weitere geplante Anpassungen umfassen die Zuständigkeiten nach dem Geldspielgesetz, den Rechtsmittelzug und die Strafbarkeit juristischer Personen.

Die Regierung plant zudem, mit der Gesetzesrevision das Übereinkommen des Europarates gegen die Manipulation von Sportwettbewerben (Magglinger Konvention) umzusetzen.